

## **Resolution der Landesdelegiertenversammlung 2006**

### **Naturschutz braucht politischen Gestaltungswillen – auch in Hessen**

Naturschutz bedingt einen übergreifenden Ansatz, der neben dem Biotop- und Artenschutz auch den Ressourcenschutz und die Einbindung des Menschen und seines Lebensumfeldes umfassen muss. Gleichzeitig müssen alle Maßnahmen auf Zukunftsfähigkeit ausgerichtet werden, um Sicherheit für ein langfristig tragfähiges Überlebenskonzept für die Menschen und die Natur zu erreichen.

Naturschutz wird von der Politik leider immer wieder vermehrt als Sündenbock missbraucht, um von den Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten der politischen Gestaltung anderer Politikfelder wie dem Arbeitsmarkt oder der wirtschaftlichen Entwicklung abzulenken. Die von der Hessischen Landesregierung aufgezeigten angeblichen Widersprüche halten einer Überprüfung nicht stand. Das vom Ministerpräsidenten Roland Koch Ende 2005 beklagte Kammolch-Problem für die A 49 hat sich nicht einmal ein Jahr später als Produkt einer unvorstellbaren Fehlplanung der Straßenbaubehörden erwiesen. Die heute von der Landesregierung vorgeschlagene Trassenführung schont die Kammolche und den Landeshaushalt. Wer solchen Dilettantismus politisch verantworten muss, der braucht den Sündenbock „Naturschutz“, weil er keine Konzepte zur Behebung gesellschaftlicher Fehlentwicklungen vorweisen kann.

Der BUND Hessen hat mit seinen Konzepten zur Schaffung des Nationalparks Kellerwald/Edersee und zur Schaffung des Biosphärenreservates Rhön zwei ländlichen Regionen eine Zukunftsperspektive aufgezeigt. Auch unser Eintreten für die Sicherung und vor allem die Entwicklung des GRÜNEN BANDES an der früheren innerdeutschen Grenze geht über den klassischen, konservierenden Schutzansatz für Tiere und Pflanzen weit hinaus und zeigt, wie Naturschutz auch zur wichtigen Bewahrung des Bewusstseins für die jüngere deutsche Geschichte und die Regionalentwicklung werden kann.

Ernsthaftigkeit im Umgang mit Natur und Landschaft bedingt zuallererst einmal die Einsicht, dass Natur nicht grenzenlos und nicht beliebig belastbar ist. Naturzerstörung, Landschaftsverbrauch, Defizite im Biotop- und Artenschutz und immer mehr Straßen und Flughäfen führen zur Zerschneidung der Landschaft und zur Verinselung der Lebensräume. Diese Politik führt für alle, Menschen, Tiere und Pflanzen letztlich zu verlärmten, lebensfeindlichen und zukunftslosen Techniklandschaften, die nicht nur für die Natur, sondern auch für die Menschen keine Perspektiven mehr bieten.

Der BUND fordert von der Hessischen Landesregierung eine Natur- und Umweltschutzpolitik, die sich an der Umsetzbarkeit, der Zukunftsfähigkeit und der Verantwortung für die Entwicklung der Gesellschaft in einer intakten Natur orientiert und den falschen Glauben vom Überlebenskampf des Menschen gegen die Natur zurücknimmt. Dies bedeutet

- **Naturschutz muss gestaltet und durch innovative Konzepte zukunftsfähig gemacht werden**
- **Arten- und Biotopschutz sind kein Selbstzweck, sondern Ausdruck unserer Verantwortung für die Vielfalt der Natur um ihrer selbst Willen und als Lebensumfeld für uns selbst**
- **Landschaftsschutz ist insbesondere dem Wohl der Menschen als Sicherung einer lebenswerten Umwelt verpflichtet**
- **Molche, Fledermäuse und Hamster sind nicht wichtiger als Menschen oder Arbeitsplätze, sondern sie stehen berechtigterweise als Synonym für eine menschengerechte Umwelt, die lebenswert ist**
- **Naturschutzrecht muss sicherstellen, dass Eingriffen gleichwertiger Ausgleich gegenübergestellt wird**

- **Unersetzbare Biotoptypen müssen besonders geschützt und dem Gebot der Vollkompensation unterstellt werden**
- **EU- und Bundesrecht dürfen nicht als „Belastung“ gesehen werden, sondern müssen Ansporn sein, auch in Hessen „vorn“, d.h. „besser“ zu sein**

Naturschutzpolitik und damit die politische und gesetzgeberische Fixierung des Naturschutzes in Hessen darf sich nicht länger an rein finanziellen, an administrativen und insbesondere an rein populistischen Parolen orientieren. Naturschutz muss innovativ, offensiv, zukunfts- und konsensorientiert ausgestaltet werden. Nur so kann dauerhaft sichergestellt werden, dass Arten- und Biotopschutz, die Sicherung einer lebens- und erlebenswerten Umwelt, die Honorierung von gesellschaftlichen Leistungen der Landnutzer gewährleistet ist und auch die Natur um ihrer selbst willen erhalten werden kann.

Dem steht die derzeitig erkennbare landespolitische Linie entgegen, die den Naturschutz als Bremsklotz und „Schuldigen“ ausgeschaut hat und eigenes Unvermögen in anderen Politikfeldern auf den „Naturschutz als Schuldigen“ projiziert.

**„Wer nicht weiß, was er will und nur macht was er muss – der hat jeden Anspruch auf politische Gestaltungskraft aufgegeben“**